

Aus Sicht der unterschiedlichen Parteien haben unterschiedliche Themen Vorrang:

Prioritätenlisten der Parteien:

FDP	CDU	SPD	Grüne	Die Linke	Piraten	AfD
1. Haushaltskonsolidierung 2. Steuerpolitik 3. Rentenpolitik 4. Familienpolitik 5. Bildungspolitik 6. Energiepolitik	1. Bewältigung der Euro-Krise 2. Bankenaufsicht 3. Haushaltskonsolidierung	1. Umverteilung unter dem Mantel der „sozialen Gerechtigkeit“ 2. Mindestlohn 3. Steuererhöhungen	1. Umverteilung unter dem Mantel der „sozialen Gerechtigkeit“ 2. Steuererhöhungen	1. Ost-West-Diskrepanz beseitigen 2. Systemfrage 3. Mindest-lohn 4. Mindest-rente 5. Zurück zu Rente mit 65	1. Internet 2. Datenschutz 3. Bedingungsloses Grundeinkommen	1. Zurück zur DM 2. Raus aus dem Euro

Hauptziele der FDP in ...

Wirtschaft & Finanzen	Haushaltskonsolidierung um unseren Kindern und Enkelkindern keinen bankrotten Staat zu hinterlassen. Wirtschaftliches Wachstum ist nötig, um auch in Zukunft soziale Leistungen finanzieren zu können.
Steuerpolitik	Ausgabendisziplin (keine Erhöhungen, statt Erhöhung der Einnahmen Kürzung der Ausgaben, Subventionsabbau)
Rentenpolitik	keine Beitragserhöhungen (Private Vorsorge erleichtern, Riestern auch für Selbständige; Altersarmut bei Frauen verhindern: gleicher Lohn für gleiche Arbeit)
Familienpolitik	Selbstverantwortung verbunden mit Solidarität wo nötig (Rahmenbedingungen für Pflege von Familienangehörigen und Kindern durch flexible Betreuungsangebote verbessern. Arbeitszeiten und Betreuungszeiten kompatibler gestalten. Erreicht: Rechtsanspruch auf Kitaplatz ab 1.8.2013)
Bildungspolitik	Hohe Standards durch Entscheidungsfreiheit der Bürger erhalten (Ausbau von Ganztagesangeboten in flexibler Form. Innovationskraft Deutschlands durch ein gutes und breites Bildungsangebot erhalten. Erhalt des Gymnasiums und der Vielfalt)
Energiepolitik	Marktwirtschaftliche Steuerung wieder einführen (Änderung des EEG und Beendigung der einseitigen Subventionierung der Solarenergie, Schaffung von mehr Wettbewerb)

Allgemein geht es im Wahlkampf der FDP 2013 um die elementare Frage: **Wollen wir eine freie, selbstverantwortliche Bürgergesellschaft oder eine Gesellschaft, die sich mehr und mehr von staatlichen Vorgaben und Eingriffen leiten lässt – euphemistisch umschrieben mit „Fürsorge Staat“, der sich in alle Lebensbereiche einmisch.**

Das ist die allumspannende Frage im Bundestagswahlkampf, darunter lässt sich m. E. alles subsumieren, insbesondere die gewollte Umverteilung von SPD und Grünen und die damit verbundene Bevormundung der Bürger durch Verbote, „Selbstverpflichtungen“ (wie fleischloser Wochentag) und planwirtschaftliche Gesetze wie das EEG.

Es gilt der Grundsatz: Es kann nur so viel ausgegeben werden, wie ein Staat einnimmt.
[siehe auch: Grundlegende Überlegungen zum Selbstverständnis des Liberalismus Seite 9]

Generell „FDP-Mobbing“	Lobbyismus	„Die FDP ist eine Lobby- und Klientelpartei“
	Richtig ist:	<p>Als „Lobbyismus“ wird im negativen Sinn die Einwirkung von Interessenverbänden und Wirtschaft auf die Politik genannt, die als moralisch unethisch gelten.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Das Argument kommt hauptsächlich von Grünen und Anhängern der SPD, die sich als moralisch höherstehend definieren. • Allerdings wird hierbei verschwiegen, dass es inzwischen eine ausgezeichnet organisierte und hervorragend vernetzte „Sonnenenergie-Lobby“ oder den „Sozialträgerlobbyismus“ gibt. • Hierbei werden Beträge in Milliardenhöhe verteilt! • Beliebter Trick ist, ein Einzelbeispiel herauszunehmen, also z.B. eine Person, die jetzt in einem FDP-geführten Ministerium arbeitet und vorher bei einem Interessenverband arbeitete oder eine Behauptung, wie es zu einer Entscheidung kam [Mövenpick-Argument“]. • Lassen Sie sich nicht darauf ein, sondern machen Sie klar, dass die FDP, wie alle anderen Parteien in einer repräsentativen Demokratie übrigens auch, ein offenes Ohr für Anliegen aus allen Richtungen haben muss. • Die FDP hat Milliardenhilfen für Großkonzerne (Opel, Schlecker, Karstadt) verhindert, das ist ein gutes Gegenargument.

Finanzen und Wirtschaft	Steuersenkung	„Die FDP hat Steuersenkungen doch bloß angekündigt. Passiert ist dann nichts“
	Richtig ist:	<p>Die FDP hat in den vergangenen 4 Jahren die Steuerzahler um insgesamt 22 Milliarden entlastet. Dies geschah trotz einer angespannten Haushaltslage (schwierige Konjunktursituation in Europa). Damit konnten die Konsumenten in Deutschland die Konjunktur weiter antreiben und die Unternehmen blieben wettbewerbsfähig.</p> <p>Wichtigste Punkte der Entlastung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Senkung der Rentenversicherungsbeiträge von 19,9 auf 18,9%, • Abschaffung der Praxisgebühr, • Anhebung des Grundfreibetrages bei der Einkommenssteuer, • Erhöhung des Kindergelds und der Kinderfreibeträge. <p>Die FDP will die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlages im Verlauf der 18. Wahlperiode Die Abschaffung der „Kalten Progression“ ist an der rot-grünen Mehrheit im Bundesrat gescheitert. Alle nachfolgenden Tarifierhöhungen waren zu einem großen Teil wirkungslos.</p>

Steuerpolitik	Steuergerechtigkeit	Die FDP bevorzugt die „Besserverdienenden“
	Richtig ist:	<p>Im Vordergrund steht für die FDP eine verantwortungsbewusste Ausgabenpolitik.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Steuergerechtigkeit heißt für die FDP, die Steuerlast leistungsgerecht auf die Steuerpflichtigen zu verteilen. • Besonders ungerecht ist der bei Lohn- und Gehaltserhöhungen überproportional steigende Steuersatz (sog. Kalte Progression) ; • da will die FDP Abhilfe schaffen. • Der Begriff „Besserverdiener“ ist ein statistisches Kunstwort, das dem Missbrauch Tür und Tor öffnet. • In der Definition der Grünen fängt Besserverdiener bei 60.000 € Jahreseinkommen an – das sind die gutausgebildeten Facharbeiter – die Mitte der Gesellschaft • Auch die meisten Selbständigen

Finanzen und Wirtschaft	Verschuldung	„Die FDP ist doch für eine weitere Milliarden-Verschuldung des Bundes mitverantwortlich.“
	Richtig ist:	<p>Richtig ist: der Bund gibt am Ende der Legislaturperiode ca. 15 Milliarden weniger aus als zu Beginn. das gab es noch nie. Die Staatsquote wurde zwischen 2009 und 2013 um fast 3% auf 45,2% gesenkt. 2014 gibt es seit 40 Jahren zum ersten Mal einen ausgeglichenen Bundeshaushalt. Gegenüber dem vom damaligen Bundesfinanzminister aufgestellten Haushalt 2009 haben wir die Neuverschuldung um 80 Mrd. Euro gesenkt und dennoch die Bürgerinnen und Bürger entlastet (siehe „Steuersenkung“)</p>

Finanzen und Wirtschaft	Euro	„Der Euro macht uns arm " daran ist die FDP mit Schuld
	Richtig ist:	<p>Rund 43% der deutschen Exporte gehen in Staaten der Währungsunion. Die gemeinsame Währung erhöht die Planungssicherheit von Unternehmen und fördert damit das Wirtschaftswachstum. Für den Verbraucher entfällt der lästige und teure Geldwechsel bei der Reise in viele Staaten. Die Tendenz ist nun verführerisch, Schulden zu vergemeinschaften und laxer Haushaltspolitik europaweit einzuführen („Eurobonds“). Das hat die FDP verhindert und den Europäischen Stabilitäts-Mechanismus (ESM) mitgetragen, der Schuldenbremsen und Haushaltsdisziplin gegenüber allen Euro-Staaten einfordert. Für Griechenland zahlen wir im Übrigen kein Geld, sondern erhöhen das Vertrauen der Finanzmärkte in Griechenland, beispielsweise durch längere Laufzeiten für Kredite. Der Euro macht uns also nicht arm, sondern sichert unseren Wohlstand.</p>

Europapolitik		Prämissen einer liberaler Europapolitik
		<p>Die FDP steht zu Europa unter folgenden Prämissen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Keine Vergemeinschaftung der Schulden durch Eurobonds 2. Einrichtung einer von der EZB unabhängigen europäischen Bankenaufsicht, 3. keine gegenseitigen Zugriffsrechte der Mitgliedsstaaten auf die jeweiligen nationalen Restrukturierungs-Fonds 4. Langfristige Weiterentwicklung der EU zu einem durch europaweite Volksabstimmung legitimierten Bundesstaat, 5. Als Zwischenschritt eine europäische Wirtschaftsregierung

Finanzen und Wirtschaft	Mittelstand	„ Der Mittelstand wird auch bei der FDP vernachlässigt“
	Richtig ist:	<p>Der „Mittelstand“ ist das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Viele Firmen, zum großen Teil in komplett eigener Haftung, sichern Arbeits- und Ausbildungsplätze.</p> <p>Dazu zählen selbstverständlich auch kleine Unternehmen und Selbständige, erweitern Sie also diesen Begriff! Der Mittelstand bietet den größten Teil der Ausbildungs- und Arbeitsplätze in der Bundesrepublik.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die FDP ist gegen Belastung des Mittelstandes und von kleinen und mittleren Unternehmen. • Alleine die Steuererhöhungspläne der Grünen würden 95% der kleinen und mittleren Unternehmen in Deutschland betreffen <ul style="list-style-type: none"> ○ [Substanzbesteuerung, ○ Vermögensabgabe, ○ Vermögenssteuer] <p>Wir haben das Steuerrecht durch</p> <ul style="list-style-type: none"> • vereinfachte Abschreibungen erleichtert, • durch Sofortabschreibung von Wirtschaftsgütern und • wir sind gegen eine Verordnung von unflexiblen Mindestlöhnen durch den Staat, sondern für die Einführung von Lohnuntergrenzen – diese • Mindestlohnfestlegungen sind allerdings Sache der Tarifpartner

Sozialpolitik	Armut in Deutschland	„Die Reichen werden bei uns immer reicher, die Armen immer ärmer“
	Richtig ist:	<p>Vorsicht vor Statistik-Zahlen, mit denen man schnell interessante Ergebnisse erzielen kann. Danach ist beispielsweise die statistische Armut in vielen südeuropäischen Ländern geringer, weil das Einkommensniveau fiel und damit auch der Abstand. Der FDP geht es um Wohlstand und persönliche Sicherheit für Millionen von Menschen. Argumentieren Sie mit Fakten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Noch nie gab es so viele Beschäftigte in Deutschland wie unter dieser Regierung. • Die Arbeitslosigkeit ist auf dem tiefsten Stand seit 20 Jahren, • die Anzahl der Hartz-IV-Empfänger sank um über eine halbe Million im Vergleich zu rot-grünen Bundesregierung auf 4,4 Millionen, dadurch sank auch die Zahl der Kinderarmut (Kinder in Hartz-IV-Haushalten)

Sozialpolitik	Rente	„Die FDP tut nichts gegen Armut im Alter“
	Richtig ist:	<p>In der rentenpolitischen Diskussion in Deutschland wird gerade in den Medien häufig mit Zahlen und Angaben hantiert, die recht wenig aussagen können.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Vorstellungen über Höhe, Entwicklung und Streuung der gesetzlichen Versichertenrenten sind dem entsprechend diffus. • Auch ist oft von "sinkenden Renten" die Rede. • Die individuellen, einmal beim Renteneintritt errechneten Zahlbeträge dürfen aber laut Gesetz nicht reduziert werden - zumindest nicht nominal, sondern allenfalls real durch einen inflationsbedingten Kaufkraftverlust. • Die FDP steht zum gesetzlichen Rentensystem, will diese aber zukunftstauglich machen. • Die FDP ist gegen Beitragserhöhungen • Nicht zuletzt aufgrund der demografischen Entwicklung brauchen wir mehr Anreize zur Eigenvorsorge. • Dies gilt auch für Geringverdiener. Daher dürfen Einkommen aus privater und betrieblicher Vorsorge nur teilweise auf die Grundsicherung im Alter angerechnet werden. • Dies ist ein wirksamer Beitrag, der Gefahr zukünftiger Altersarmut frühzeitig entgegen zu wirken. • Wir wollen außerdem, dass Selbstständige Förderung nach dem Riester-Modell erhalten können. • Die von Rot-Grün 2004 eingeführte doppelte Belastung der betrieblichen Altersvorsorge durch Sozialabgaben möchten wir wieder abschaffen.

Bildungspolitik		„ Bildung hat keinen hohen Stellenwert bei der FDP“
	Richtig ist:	<p>Das Gegenteil ist der Fall. Bildungspolitik ist zwar Länderpolitik - insofern werden dort auch die konkreten Entscheidungen getroffen. Die Bundesregierung kann aber wichtige Signale geben.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wir haben auf Bundesebene das „Deutschland-Stipendium“ eingeführt, • Wir treten für Vielfalt und individuelle Förderung ein und setzen uns auf allen Ebenen gegen Einheitsbildung und für individuelle Möglichkeiten ein. • In Baden-Württemberg treten wir massiv gegen die Abschaffung der Gymnasien ein, die von grün-rot betrieben wird. • Die musterhafte berufliche Bildung, um die uns das Ausland beneidet, wollen wir unter allen Umständen beibehalten.

Bildungspolitik	Gemeinschaftsschule	Die FDP ist gegen die Gemeinschaftsschule
	Richtig ist:	<p>Das stimmt in der Form nicht:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die FDP begrüßt die Gemeinschaftsschule als zusätzliches Angebot. • Für eine funktionierende Gemeinschaftsschule müssen jedoch erst die Voraussetzungen geschaffen werden (entsprechend ausgebildete Lehrer, geeignete Lehrmittel und aufgeklärte Eltern und Schüler/-innen. • Die so erweiterten Wahlmöglichkeiten dürfen nicht zu einer Benachteiligung der seitherigen Schulformen führen. • Ein fairer Wettbewerb unter den Schulformen ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Weiterentwicklung. • Hauptschule, Realschule und Gymnasium brauchen eine Bestandsgarantie. • Die bisherige Bildungsvielfalt muss erhalten werden.
	Berufliche Weiterbildung	
		Die FDP hat sich in Ihrem Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2013 zur Förderung der beruflichen Weiterbildung bekannt und weitere Fördermöglichkeiten der Bundesagentur für Arbeit geschaffen.

Religionspolitik		Liberaler Religionspolitik
		Der Staat sollte sich beim Thema „Religion“ äußerster Zurückhaltung auferlegen. Er hat lediglich eine Schutzpflicht für die Freiheit der Religionsausübung.

Arbeitsmarkt-politik	Mindestlohn flächendeckend	Die FDP ist gegen einen staatlich festgelegten Mindestlohn
	Richtig ist	<ul style="list-style-type: none"> • Die FDP steht zur Tarifautonomie. • Löhne sind ein Thema zwischen Unternehmen und Gewerkschaften. Die FDP ist in Branchen und Regionen, in denen Arbeitnehmer unzureichend durch Gewerkschaften vertreten werden, bereit, diese Arbeitnehmer durch die gesetzliche Festlegung von Lohnuntergrenzen zu schützen. • Damit ist die FDP die einzige Partei, die für starke Gewerkschaften eintritt und diesen grundsätzlich zutraut, dass sie für die Arbeitnehmer menschenwürdige Tarifverträge aushandeln können. • Pflicht des Staates ist es, dann tätig zu werden, wenn Gewerkschaften und Arbeitgeber ihrer Verantwortung nicht gerecht werden

Gesundheits-politik	Krankenkassen	„Die FDP tut doch nichts für den normalen Beitragszahler“
	Richtig ist: Die FDP lehnt eine einheitliche Kranken- und Pflegeversicherung ab. Sie ist für die Abschaffung Budgetprinzips und Einführung des Kostenerstatungsprinzips für die gesetzliche KV.	<p>Die FDP hat die Beitragssätze für Arbeitnehmer und Arbeitgeber zunächst wieder angehoben, wie das von der Vorgängerregierung zur Entlastung der Arbeitskosten in der Wirtschaftskrise vereinbart war.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Von den 3,2 Milliarden Einsparungen im Gesundheitssystem hat der FDP-Minister Bahr die Pharmakonzerne mit 2 Milliarden belastet. • Wir wollen auch weiter das Nebeneinander von gesetzlichen und privaten Kassen ermöglichen, die besonders für Selbständige und Freiberufler wichtig sind. • Eine umfassende Reform der Pflegeversicherung steht in der nächsten Leg. Periode an.

Energiepolitik	Energie	„Energie wird immer teurer, Die Umstellung auf alternative Energieformen immer schwieriger“
	Richtig ist: Der größte Kostentreiber der Energiewende ist außerdem das planwirtschaftliche Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG).	<p>Die sogenannte Energiewende, die in Deutschland betrieben wird, kostet sehr viel Geld und ist mit riesigem Aufwand verbunden.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Dies wird aber durch einen fehlenden wirklichen Wettbewerb auf dem Energiemarkt verstärkt. • Das will die FDP ändern. • Deshalb hat die FDP als erste Partei ein Konzept zur Neuordnung der Förderung Erneuerbarer Energien beschlossen. • Dabei soll das alte Gesetz von Grund auf reformiert und als marktwirtschaftliches Steuerungsinstrument etabliert werden. • Das heißt auch: Altverträge bleiben unangetastet und bei Neuverträgen wird eine EEG-Reform auf den Weg gebracht.

Bürgerrechts-politik		„ Die FDP tut auch nichts für die Bürgerrechte und den Schutz der Privatsphäre“
	<p>Richtig ist: Die FDP lehnt die Vorratsdaten-speicherung und den Einsatz von „Bundes-trojanern“ ab</p> <p>Sie ist für die Einführung bundesweiter Volksentscheide</p>	<p>Neben dem Wunsch nach Überwachung und Sicherheit entsteht gerade bei vielen Menschen angesichts der internationalen Abhöraktionen das mulmige Gefühl, dass sie leichter überwacht und kontrolliert werden können, als sie annehmen.</p> <p>Gerade hier kann sich die Bilanz der FDP an der Bundesregierung seit 2009 sehen lassen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Keine weiteren und schärferen „Anti-Terror-Gesetze“. • keine anlasslose Speicherung von Telekommunikationsdaten, • besserer Schutz von Journalisten bei vertraulichen Informationen beider Recherche, • Abschaffung des Elektronischen Entgeltnachweises (ELENA), • Einführung einer bundesweiten Stiftung Datenschutz. • Wir sehen aber auch jeden einzelnen in der Pflicht, auf seine Daten bestmöglich aufzupassen und im Internet nicht zu viel preiszugeben.

Entwicklungs-politik		„Die FDP hat das Entwicklungsministerium mit Dirk Nibel besetzt, obwohl der es abschaffen wollte “
	<p>Richtig ist:</p>	<p>Die bisherige Form der Entwicklungspolitik hat nicht immer den erhofften Erfolg gebracht. Zu viele Steuergelder flossen in Projekte, die nicht nachhaltig waren oder als Budgethilfe in die Kassen bankrotter und nicht lebensfähiger Staaten – oder auf die Konten korrupter Politiker.</p> <p>Das Nebeneinanderher verschiedener Entwicklungsorganisationen war ineffizient und kostspielig.</p> <p>Dirk Nibel hat grundlegende Reformen in Gang gebracht und das Primat der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in den Focus seiner Politik gerückt.</p> <p>Er setzt dabei auf die Zusammenarbeit mit den Bürgern und ihrer Organisationen, die durch Nichtregierungsorganisationen (NGO`s), die staatliche Entwicklungspolitik unterstützen und ergänzen.</p> <p>Die Wirtschaft hat gezeigt, wie durch Direktinvestitionen und know how wirtschaftliches Wachstum gefördert und Arbeitsplätze im formalen Sektor geschaffen werden können.</p> <p>Die Zusammenlegung verschiedener staatlicher Durchführungsorganisationen ist erfolgt und erleichtert die Entwicklungszusammenarbeit vor Ort.</p> <p>Die Entwicklungszusammenarbeit erfolgt nur noch mit Ländern, die die Menschenrechte achten und die internen Rahmenbedingungen entwicklungsorientiert verbessern.</p>

Grundlegende Überlegungen zum Selbstverständnis des Liberalismus

Der Liberalismus ist eine Idee, die aus dem Humanismus, der Renaissance, dem Naturrecht und der Aufklärung geboren wurde und auf der Anerkennung der Menschenwürde, einer selbständig denkenden, verantwortlich handelnden und schöpferischen Persönlichkeit beruht.

Ziel des Liberalismus ist demnach ein Gesellschaft- und Staatswesen, das auf Freiheit, Recht und Toleranz gründet.

Es gibt jedem Bürger die Möglichkeit, sich im Rahmen der Gesetze ohne Bevormundung und Bevorzugung frei zu entfalten. Die Achtung vor dem Einzelnen, seiner Würde ist die entscheidende Grundlage liberalen Denkens und Handelns.

Nicht ohne Grund steht in Art. 1 des Deutschen Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Aus der Unantastbarkeit der Menschenwürde bezieht der Liberalismus seine Kraft selbst in Situationen bestehen zu können, die seine Existenz infrage stellen.

Die Achtung der Würde des Menschen, des Anderen gehört zum Kompass jedes wirklichen liberalen Menschen. Dadurch unterscheidet sich der Liberale von anderen politischen Strömungen, die dem Bürger durch Gebote und Verbote suggerieren wollen, wo sein Heil liegt.

Wir halten den Bürger für mündig und aufgeklärt genug, um selbst entscheiden zu können, wie er sein Leben einrichten will. Wir respektieren seinen eigenen Willen, seine eigene Einsicht und halten deshalb das Primat der Freiheit für unumstößlich. Selbst den Irrtum respektieren wir, denn irren ist menschlich und fast immer der Anfang für Einsicht und Lernen. Der Respekt und die Toleranz anderen Menschen, Andersgläubigen, Andersdenkenden gegenüber ist das Erbe einer langen, oft gefährdeten Entwicklung des Liberalismus.

Die deutsche Geschichte ist geprägt vom Kampf liberaler Bürger gegen den Absolutismus auf dem Weg zum demokratischen Rechtsstaat.

„Der Liberalismus mit seinem Glauben an den freien Mann zerbrach die alten Zünfte, stürzte die alten Schlagbäume, machte ganz Deutschland zu einem Markt und öffnete die Grenzen dieses Marktes: Freihandel, freies Gewerbe, freie Berufswahl, Freizügigkeit“ (Zitat Friedrich Naumann)

Der Liberalismus hat demnach Kräfte entfesselt, die Fortschritt und moderne Entwicklungen brachten, die heute unser Leben positiv und nachhaltig prägen.

Die hervorragendste liberale Errungenschaft ist unser Grundgesetz, in dem Menschenwürde, Menschenrechte, die Freiheit des Einzelnen und seine Toleranz anderen gegenüber verankert wurde.

Die Liberalen sollten sich dieses Erbes bewusst sein und auch der Verantwortung gegenüber Strömungen, die diese Werte gefährden. Ständig ist der Wandel. Veränderungen verlangen neue Einsichten und Anpassungen.

Grundlage für Entscheidungen darf jedoch nicht Ideologie und Dogma oder Reformunwilligkeit sein, sondern Vernunft und Einsicht in die Notwendigkeit des Ausgleichs entgegengesetzter Interessen und zukunftsorientierter Lösungen, die Wahrung der Freiheit und der Menschenwürde. Neue Gefahren sind für die Würde und die Freiheit des Menschen entstanden, auf die der Liberalismus antworten muss.

Frederik Watkins hat den modernen Liberalismus verteidigt mit der zutreffenden Feststellung:

„Der moderne Liberalismus ist in Wirklichkeit nicht der Besitz einer einzigen gesellschaftlichen Gruppe, und seine Anhänger beschränken sich nicht auf die Verteidigung irgendeines bestimmten wirtschaftlichen Systems. Er ist die moderne Verkörperung aller charakteristischen Traditionen der westlichen Welt. Wenn es dem Liberalismus nicht gelingt zu überleben, bedeutet dies das Ende der politischen Tradition der westlichen Welt“.

Quellen für die Zusammenfassung:

LSI Arbeitskreis „Liberale Ethik“ (Ingrid Walz, Wolfgang Rietdorf, Dr Wolfgang Allehoff)

Seminar der FNS „Für liberale Politik gerade stehen“ (Gabriele Reich-Gutjahr, Dr Jan Havlik)

FNS Wahlsynopse 2013 (Christian Willenbrock)

Prioritätenliste der FDP 2013 (Gabriele Heise)